

Jan Pauer

## TOTALITARISMUS ALS THEORIE UND ALS TSCHECHISCHER „TOTÁČ“

In seinem Aufsatz „Vergleich des Unvergleichbaren“ versucht Miloš Havelka, mit Hilfe eines normativ-typologischen Totalitarismuskonzeptes eine einheitliche totalitäre Periode in der tschechischen Geschichte auszumachen, die er auf die Jahre zwischen 1938 und 1956 datiert.<sup>1</sup> Dafür kombiniert er einige divergierende Ansätze älterer Totalitarismustheorien mit Elementen der neueren Transitionstheorie, die sich auf politologische Analysen aus Lateinamerika und Südeuropa stützen, und ordnet unterschiedliche historische Phänomene wie Massenmord, kollektive Gewalterfahrung, Flucht, Vertreibung, Zwangsaussiedlung, Massenemigration sowie extensive politische Repression einem bestimmten Zeitraum zu. Er gelangt zu dem Schluss, dass das System in der Tschechoslowakei nach 1956 nicht mehr als totalitär, sondern als autoritär zu bezeichnen sei. Da er erklärtermaßen „totalitär“ und „autoritär“ synonym verwendet, stellt sich jedoch die Frage, welchen heuristischen Gehalt sein Begriff „totalitäre Periode“ überhaupt hat. Havelka erläutert kein konkretes Herrschaftsmodell, konstruiert keinen Idealtypus, sondern charakterisiert einen bestimmten Zeitabschnitt der modernen tschechischen Geschichte als „totalitär“. Bringt diese Verwendung des Totalitarismusbegriffs neue Einsichten gegenüber älteren, weniger theoriegeleiteten Konzepten für die Geschichte dieses Zeitraums, etwa „Nationalsozialismus“, „Faschismus“, „Stalinismus“, „Kollaboration“ und „Protectorat“, „Kalter Krieg“, „Sowjetisierung“, „Entstalinisierung“? Die vielen Kontinuitätsbrüche in der Politik, den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sowie den dominanten Ordnungsvorstellungen, die mehrfachen Herrschafts- und Elitenwechsel in dem von Havelka als totalitär beschriebenen Zeitraum lassen Zweifel daran aufkommen, ob es in dieser Zeit tatsächlich eine bestimmte „innere Einheit“ jenseits der Evidenz der Opferzahlen gibt. Denn Gewalt, Unfreiheit, Abwesenheit von Demokratie, institutionelle und mentale Schäden infolge traumatischer kollektiver Erfahrungen durch Stigmatisierungen, Mord, Gewalt und Unterdrückung gingen in diesem Zeitraum von verschiedenen Regimen aus und wurden mit unterschiedlichen Ideologien begründet, während der Grad von Terror und Repression schwankte, Täter- und Opfergruppen mehrfach wechselten.

Was den umgangssprachlichen Gebrauch des Wortes „totalitär“ betrifft, würde in Tschechien heute kaum jemand gegen die Charakterisierung dieser Periode mit diesem Adjektiv widersprechen. Unter dem weiten Dach des Totalitarismusbegriffs lassen sich extreme Gewaltphänomene allerdings unterschiedlich konzeptualisieren: So hat beispielsweise Norman M. Naimark Vertreibungen, Flucht und Zwangsmigra-

<sup>1</sup> Havelka, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus? In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 311-330, hier 316.

tionen unter dem Paradigma „ethnische Säuberungen“ analysiert.<sup>2</sup> Er spricht vom „flammenden Hass“, mit dem von staatlicher Seite angeführte Gewaltakte bzw. Genozide kollektiv verübt werden, und sieht hierin ein herausragendes Spezifikum des 20. Jahrhunderts, des „Zeitalters der Extreme“ (Eric Hobsbawm). Hannah Arendt, die sich dem gleichen Phänomen zugewendet hat, gelangte indessen zu dem Befund, die durch „objektive“ Merkmale markierten Klassen- und Rassenfeinde seien kalt und emotionslos ermordet worden. Diese unterschiedlichen Sichtweisen zeigen deutlich, dass sich selbst extreme Formen des Terrors oder der Gewaltanwendung gegen Gruppen ganz verschieden interpretieren lassen. Auf jeden Fall aber bedarf die Wahl eines bestimmten Interpretationsmodells für die historische Analyse einer konkreten Begründung.

Lassen sich die Opfer des größten Weltkriegs in der Geschichte der Menschheit mit 55 Millionen Toten und der Mobilisierung nahezu aller militärischen, finanziellen, ökonomischen und menschlichen Ressourcen dieser Erde mit den Mitteln einer typologisierenden Herrschaftslehre adäquat beschreiben? Wohl kaum. Lässt sich der Holocaust, das heißt die systematische industrielle Ermordung von jüdischen Zivilisten selbst auf dem Gebiet der Bündnisstaaten Hitlers, unter dem Totalitarismuskonzept subsumieren oder ist dafür eher der Begriff des Zivilisationsbruchs angebracht? Hannah Arendt, die eine Parallele zwischen der Vernichtung der „minderwertigen Rassen“ durch die Nationalsozialisten, die sich dabei auf die Gesetze der Natur beriefen, und der Vernichtung von Klassen durch die Bolschewiki unter Berufung auf die Gesetze der Geschichte gezogen hat, wollte die NS-Vernichtungslager nicht mit den Arbeitslagern der forcierten Industrialisierung im Gulag-System gleichsetzen.<sup>3</sup> Dass rund zwei Drittel aller tschechoslowakischen Todesopfer zwischen 1938 und 1945 aus rassistischen Gründen umgebracht worden sind, zeigt, in welch unterschiedlichen Kontexten die Zahlen für die Gewaltopfer dieser Jahre stehen. Wie groß ist die Reichweite des Totalitarismuskonzeptes für die historische Analyse, wenn so viele unterschiedliche Phänomene unter diesem Oberbegriff versammelt sind, dass sich innerhalb dessen eigenständige historische Forschungszweige ausdifferenzieren haben? Die Leistungen und Defizite zentraler Theoreme der Totalitarismustheorien müssten konkretisiert und in einen klaren Bezug zur Empirie gesetzt werden. Wenn beispielsweise Massenflucht ein legitim gewähltes empirisches Indiz für das Vorhandensein totalitärer Herrschaft sein soll, wie ist dann die Flucht der etwa 4 Millionen DDR-Bürger in den 40 Jahren der kommunistischen Diktatur einzuordnen? Die letzte Exit-Welle brachte das SED-Regime Ende der 1980er Jahre schließlich zum Einsturz.

Die Totalitarismustheorien unterscheiden sich in Bezug auf die einbezogenen Merkmale, deren hierarchische Anordnung und systematische Verknüpfung. Während Carl J. Friedrich bezweifelte, dass sich totalitäre Herrschaft von innen überwinden ließe, hielt Karl W. Deutsch die Erosion der totalitären Herrschaft für möglich und Hannah Arendt ihr endogenes Ende sogar für zwingend. Wie gehen die

<sup>2</sup> Naimark, Norman M.: Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.

<sup>3</sup> Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München, Zürich 1991, 683.

unterschiedlichen Ansätze der Totalitarismustheorien mit diachronen historischen Prozessen um? Die „kurze“ NS-Diktatur war totalitär von Anfang bis zum Ende und wurde von außen durch den Sieg der Alliierten gestürzt. Größere Probleme ergeben sich indessen, will man den Wandel in den „langen“ kommunistischen Diktaturen mit Hilfe der Totalitarismustheorie erklären.

Da der Zeitraum 1939-1989 auch die tschechoslowakische Periode der tschechischen Geschichte betrifft, wäre zu fragen, welche Einsichten ein Vergleich der slowakischen „totalitären“ Periode in der Gestalt des Slowakischen Staates 1939-1945 mit dem Protektorat zu Tage fördern würde. Wie hängt das erste „totalitäre“ Regime mit dem zweiten zusammen? Wird eine einheitliche, als „totalitär“ charakterisierte historische Periode postuliert, stellt sich nicht nur die Frage nach den Opfern, sondern auch nach den Trägern der totalitären Herrschaft.

Im deutschen Streit über die „zweite deutsche Diktatur“, die DDR, wird auf den großen Unterschied hingewiesen, der zwischen einer „Zustimmungsdiktatur“, also einer von innen gestützten, und einer von außen herbeigeführten Diktatur, welche ohne eine fremde Macht zusammenbräche, besteht. Während die NS-Diktatur in der deutschen Debatte als weltgeschichtlich relevant, die „zweite Diktatur“ dagegen als „Fußnote der deutschen Geschichte“ klein geschrieben wird, schien es sich in Tschechien seit 1989 geradezu umgekehrt zu verhalten: Im tschechischen antikommunistischen Diskurs dominiert die „kommunistische Totalität“ fast so, als hätte sie keine Vorgeschichte gehabt. Insofern leistet Havelkas Ausdehnung des Begriffs „totalitäre Herrschaft“ auf die Zeit der nationalsozialistischen Besatzung einen Beitrag zur Historisierung der sozialistischen Periode. Sie korrespondiert mit der Agenda des 2007 errichteten „Instituts zur Erforschung totalitärer Regime“ (*Ústav pro studium totalitních režimů, ÚSTR*). Die ursprüngliche Version des Gesetzes zu seiner Errichtung unter dem antiquierten Konzept eines Instituts des „nationalen Gedächtnisses“ hatte nur die kommunistische Totalität im Sinn. Die NS-Diktatur zu erforschen, war zunächst nicht vorgesehen, sondern diese Erweiterung wurde erst in der letzten Lesung des Gesetzesvorschlags im Parlament hinzugefügt. Im Gesetz Nr. 181/2007 Sb. werden die Jahre der deutschen Okkupation (1938-1945) im Sinne der damaligen offiziellen Sprachregelung als „Zeit der Unfreiheit“ bezeichnet, die Kennzeichnung „totalitär“ bleibt allein der kommunistischen Diktatur 1948-1989 vorbehalten („kommunistische totalitäre Macht“ § 2, a, b). Autoritäre und totalitäre Herrschaft werden in der Präambel nebeneinander gestellt, ohne erläutert zu werden.

Autoritäre Staaten hatte es vor dem Aufkommen neuer, aus damaliger Sicht revolutionärer Massenbewegungen und Diktaturen, wie es Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus waren, bereits zur Genüge gegeben. Die diesen Systemen eigene neue Qualität diktatorischer Herrschaft war der Grund für die Entstehung der Totalitarismustheorie. Es erscheint unverständlich, diese historisch begründete Unterscheidung fallen zu lassen und die Begriffe synonym zu verwenden, während die Periodisierung beibehalten wird.

Gewiss stellt das Jahr 1956 mit der Kritik am Führerkult, der Beendigung des unberechenbaren Massenterrors als einer Mobilisierungs- und Ordnungsressource in der UdSSR und der Gulag-Auflösung, die schon seit 1953 im Gang war, eine historische Zäsur in der Geschichte des Sowjetkommunismus dar. In einer quasi reli-

giösen Ideokratie löste die Selbstkritik des Macht- und Glaubenszentrums unter den kommunistischen Gläubigen einen Säkularisierungsschub von großer Tragweite aus. Auch für den polnischen Fall könnte die Festlegung der totalitären Ära auf die Jahre zwischen 1939 und 1956 eine gewisse Plausibilität beanspruchen: Das Land war in diesen Jahren durchgehend von fremden Okkupationstruppen besetzt und politisch „totalitär“ fremdbestimmt. In der Entwicklung, die 1956 zum Machtwechsel zu Władysław Gomułka führte, lässt sich durchaus ein tiefer Bruch der polnischen Geschichte sehen. In Ungarn wiederum hat die „antitotalitäre Revolution“ 1956 (Hannah Arendt) für eine unauslöschliche historische Zäsur gesorgt. Indessen war zu diesem Zeitpunkt in der Tschechoslowakei eher Herrschaftskontinuität als -wandel zu verzeichnen, auch ist die innenpolitische Zäsur von 1956 als deutlich schwächer zu veranschlagen als die von 1948, um bei der Landesperiodisierung zu bleiben.

Was die tschechische Geschichte angeht, stellt sich die Frage, ob die „defekte Demokratie“ zwischen 1945 und 1947 „totalitärer“ war als das Regime nach der zweiten militärischen Okkupation des Landes während der frühen 1970er Jahre, als politische Prozesse, eine Gesinnungsüberprüfung der gesamten erwachsenen Bevölkerung und die Massensäuberungen der Bibliotheken durchgeführt wurden. Zweifellos fehlte die „manipulierende Mobilisierung des Volkes“, aber auch das Protektorat war ohne nennenswerte Mobilisierung der Massen ausgekommen (von den tschechisch-jüdischen und deutsch-antifaschistischen Bevölkerungsteilen einmal ganz abgesehen). Andererseits zeigt das hohe Maß an Repression nach dem Februar 1948, wie viele politische, institutionelle, rechtliche und weltanschauliche Elemente einer pluralistischen Gesellschaft in den ersten Jahren nach dem Krieg noch vorhanden gewesen waren. Selbst wenn die erneuerte Tschechoslowakei, deren Entstehung von der Bevölkerungsmehrheit als Befreiung erlebt wurde, mehr Elemente eines „Maßnahmenstaates“ (Ernst Fraenkel) als eines durch Recht, Verfassung und zivilgesellschaftliche Institutionen gestützten demokratischen Staates heutigen Zuschnitts aufwies, würde ich diese Zeit nicht als „totalitär“ klassifizieren. Werden solch hybride Formen politischer Ordnung auch noch unter den Totalitarismusbegriff subsumiert, frast dieser immer weiter aus.

Auch die Klassifizierung der Herrschaftsform der Periode zwischen 1956 und 1989 als „autoritär“ kann eher auf theoretischer Ebene, im Koordinatensystem des Totalitarismuskonzepts Plausibilität beanspruchen, als dass sie zur Differenzierung und zum Verständnis der konkreten Vorgänge im Land beitragen würde. Gesellschaft und Herrschaft befanden sich in den 1960er Jahren in einem völlig anderen Zustand als während der 1970er und 1980er Jahre. Was können Klassifizierungen wie „autoritär“ beitragen, um beispielsweise die Entstehung informeller Interessengruppen in den 1960er Jahren, die schließlich den „Prager Frühling“ 1968 ermöglicht haben, zu erklären? War dieser Freiheitsausbruch auch „autoritär“?

Im Gesetz über die „Rechtswidrigkeit des kommunistischen Regimes und den Widerstand gegen dasselbe“ (Nr. 198/1993 Sb.) wird der „Prager Frühling“ 1968 als Teil eines als „verbrecherisch, illegitim und verabscheuungswürdig“ qualifizierten Regimes kurzerhand der „totalitären Periode“ zugeschlagen. Das Brünner Verfassungsgericht hat dieses ideologische Zerrbild der historischen Vorgänge mit seinem Urteil vom 31. März 2008 noch bestätigt. Als Beweisführung für die Qualifizie-

rung der Periode zwischen dem Februar 1948 und dem Dezember 1989 als Zeit der „kommunistischen totalitären Macht“ im Gesetz Nr. 181/2007 Sb. genügte den Richtern, dass sich die Kommunistische Partei während dieser gesamten Zeit nicht von der Ideologie des Marxismus-Leninismus losgesagt, auf ihre führende Rolle verzichtet oder sich vom „Kommunistischen Manifest“ (sic!) sowie Lenins „Staat und Revolution“ distanziert hätte.<sup>4</sup>

Havelka bietet fundierte Reflexionen über die Vorzüge und Mängel der Totalitarismustheorien. Insgesamt wirft sein Beitrag aber mehr Fragen auf als sein Periodisierungsvorschlag Antworten anbietet. Angesichts der geradezu selbstverständlichen Verwendung des Totalitarismusbegriffs in der Umgangssprache, der Politik und in Gesetzestexten bei gleichzeitig recht bescheidener Auseinandersetzung mit dieser Theorie- und Denktradition in Tschechien sind diese Fragen jedoch sein produktivster Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion. Besonders der Zusammenhang zwischen der ersten und zweiten Diktatur wird wenig reflektiert. Generell gilt, dass sich die Totalitarismustheorien besser für Diktaturvergleiche als für die historische Periodisierung eignen.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus war die Vokabel „totalitär“ in aller Munde, allen ging sie leicht von den Lippen: von Gorbacëv über Dubček bis hin zu bekannten Gegnern des Kommunismus. Auch in Deutschland sprachen linksorientierte Intellektuelle wie Jürgen Habermas nach 1989 vom „antitotalitären Konsens“<sup>5</sup> und der Historiker Hans-Ulrich Wehler, einer der bekanntesten Vertreter der sozialwissenschaftlichen Gesellschaftsgeschichte, fand es nach 1989 einleuchtend, den Herrschaftskern des SED-Regimes in der früheren DDR als „totalitär“ zu bezeichnen.<sup>6</sup> Aus dem früheren politischen Kampfbegriff, der im Kalten Krieg vornehmlich gegen den Kommunismus in Stellung gebracht worden war, wurde nach 1989 das Synonym für die modernen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Politisch hat der Begriff „Totalitarismus“ also an Legitimität gewonnen, aber hat er daraus auch analytische Kraft geschöpft?

In der theoretischen Reflexion über den Zusammenbruch des Kommunismus im Jahr 1989 wurde von den Anhängern der Totalitarismustheorie argumentiert, dass das Regime seine totalitäre Natur bis zum Ende nicht aufgeben konnte, die Reichweite seiner Herrschaftsmittel jedoch beständig abgenommen habe. In den Diskursen der tschechischen Dissidenten hatte sich der Totalitarismusbegriff als zentraler Referenzrahmen für die Analyse der allgemeinen Misere etabliert. So bemerkte Klaus von Beyme, dass die Fackelträger der „Samtenen Revolution“ den Totalitarismusbegriff als Feindbezeichnung verwendeten.<sup>7</sup> In der Tat ist der Paradig-

<sup>4</sup> <http://www.concourt.cz/scripts/detail.php?id=581> (letzter Zugriff 6.12.2009).

<sup>5</sup> Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland. Bd. IX. Baden-Baden, Frankfurt/Main 1995, 690.

<sup>6</sup> Wehler, Hans-Ulrich: Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und die DDR-Geschichte. In: *Bauerkämper, Arndt/Sabrow, Martin/Stöver, Bernd* (Hgg.): *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*. Christoph Kleßmann zum 60. Geburtstag. Bonn 1998, 346-352, hier 347.

<sup>7</sup> Beyme, Klaus von: Totalitarismus – zur Renaissance eines Begriffs nach dem Ende der kom-

menwechsel in der Systemkritik nach der Unterdrückung des „Prager Frühlings“ evident: Während der 1960er und des reformsozialistischen Experiments wurde vor allem der Stalinismus kritisiert. Darüber hinaus legten Ökonomen, Soziologen und politisierende Juristen durch empirische Kritik die strukturellen und Funktionsschwächen des Systems offen. In den Augen einer breiten Öffentlichkeit wurde der reale Sozialismus entzaubert, wenngleich die Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus in der Gestalt des Eurokommunismus bis 1989 fortlebte. Die Erfahrung, dass sich die kommunistische Herrschaft in der Tschechoslowakei durch eine Reform „von oben“ nicht wiederbeleben, öffnen oder gar überwinden ließ und die Schlussfolgerung, die daraus in den 1970er Jahren gezogen wurde, dass nämlich der Kommunismus unreformierbar sei, korrespondierten mit grundlegenden Thesen des Totalitarismuskonzepts. In den Analysen der Dissidenten bildete der Begriff „totalitäre Herrschaft“ während der Normalisierungszeit folglich den Ausgangspunkt. Sie ahnten vermutlich gar nicht, wie stark ihr Vokabular und ihre Interpretation der spätkommunistischen Diktatur die westliche Totalitarismusforschung inspirierten. Einige prominente Vertreter in Deutschland wunderten sich über die plötzliche Renaissance der Totalitarismustheorie, die durch die Implosion der kommunistischen Diktaturen 1989 aus dem Osten einen kräftigen Schub erhielt.<sup>8</sup>

Milan Šimečka, Václav Havel oder Jan Tesař – um nur drei Namen zu nennen – haben sich in ihren Analysen der kommunistischen Herrschaftsmechanismen während der 1970er und 1980er Jahre darauf konzentriert, das Verhalten der Menschen unter den Zwängen des Systems zu beobachten und die Gesellschaft unter den Bedingungen einer bereits reduzierten Reichweite kommunistischer Herrschaft beschrieben. In den Mittelpunkt der Systembetrachtung rückten sie die persönliche Verantwortung der Menschen für das Funktionieren und den Fortbestand der Diktatur. Havels Befund, dass die Gesellschaft sich nicht primär in Herrscher und Beherrschte aufteile, sondern die Konfliktlinie im posttotalitären System durch jeden einzelnen Menschen verlaufe, da jeder auf seine Art Opfer und Stütze des Regimes sei, bot ein anderes Bild der „Totalität“. Seine Diagnose der „posttotalitären Herrschaft“<sup>9</sup> als einer ideologisch „erschöpften Diktatur“ wurde von einigen

munistischen Regime. In: Siegel, Achim (Hg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Köln u.a. 1998, 23-36, hier 36 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 7).

<sup>8</sup> Ballestrem, Karl Graf: Der Totalitarismus in Osteuropa und seine Folgen – eine theoretische Betrachtung. In: Siegel (Hg.): Totalitarismustheorien 117-125 (vgl. Anm. 7). – Jesse, Eckhard: Überlegungen zur weiteren Totalitarismusforschung. In: Maier, Hans (Hg.): „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs. Bd. 1. Paderborn u.a. 1996, 275-284, hier 279.

<sup>9</sup> Havel, Václav: Moc bezmocných [Die Macht der Ohnmächtigen]. In: Ders.: Spisy. Bd. 4. Eseje a jiné texty z let 1970-1989. Dálkový výslech. Praha 1999, 224-330; deutsche Übersetzung: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Reinbek bei Hamburg 1990, 13. – Šimečka, Milan: Obnovení pořádku. Příspěvek k typologii reálného socialismu [Die Erneuerung der Ordnung. Ein Beitrag zur Typologie des realen Sozialismus]. Köln 1979 (Doba 5). – Ders.: Kruhová obrana. Záznamy z roku 1984 [Rundumverteidigung. Aufzeichnungen aus dem Jahr 1984]. Köln 1985. – Tesař, Jan: Totalitní diktatury jako fenomén 20. století a možnosti jejich překonání [Die totalitären Diktaturen als Phänomen des 20. Jahrhunderts und die Möglichkeiten zu Ihrer Überwindung]. In: Dialogy 3 (1984) 101-111.

Vertretern der westlichen Totalitarismusforschung aufgenommen. Anders als in Petr Pitharts Beitrag zu der hier geführten Debatte<sup>10</sup> wurde der Begriff der „posttotalitären“ Herrschaft hierbei nicht als bloße zeitliche Verlängerung der „totalitären Epoche“, sondern als ein Ensemble von Merkmalen konzeptualisiert, die eine eigenständige Herrschaftstypologie erlauben.

Pitharts Unbehagen angesichts der begrifflichen Konfusion und der verbreiteten Unfähigkeit, eine klare Bezeichnung für das kommunistische Regime zu finden, ist nachvollziehbar. Er verwirft sowohl den Ausdruck „totalitär“ als auch das Etikett „autoritär“, letzteres mit dem Argument, dass autoritäre Regime mit Privateigentum, dem Markt und bestimmten Elementen der Bürgergesellschaft kompatibel seien. Nach der Überwindung der Diktatur wird dieser Unterschied in den Prozessen deutlich, die den beiden Herrschaftsformen folgen: Transformation des Systems und Transition zur Demokratie.

Die von Pithart thematisierte Begriffsunklarheit verweist auf Probleme, die der Totalitarismusforschung inhärent sind: So wird einmal „posttotalitär“ für die Beschreibung der postkommunistischen Länder, das andere Mal zur Charakterisierung der Spätphase der kommunistischen Diktatur verwendet und sowohl gegen den Begriff „totalitär“ als auch gegen „autoritär“ abgegrenzt. Als Merkmale, in denen sich posttotalitäre Herrschaftsordnungen von autoritären unterscheiden ließen, werden die Rolle einer umfassenden Ideologie, der geringere Grad an Pluralismus in der Elitenrekrutierung und der Gesellschaft sowie die Erstarrung der Massenmobilisierung zu einem bloßen Ritual angeführt.<sup>11</sup> Eine andere Auslegung der Totalitarismustheorie spricht von totalitärer Herrschaft bis 1989 und begründet dies damit, dass der Staat solange totalitär geblieben sei, wie es die Staatspartei, die totalitäre Ideologie und den dazugehörigen Staatsapparat gegeben habe, selbst wenn sich die Gesellschaft diesen Institutionen und ihren Ansprüchen in manchen Bereichen entziehen konnte. Der Verfall eines dieser Elemente habe jedoch eine existenzielle Bedrohung für die gesamte totalitäre Ordnung dargestellt.<sup>12</sup>

Da eine modernisierte Version der Totalitarismustheorie den begrenzten Zugriff der totalitären Herrschaft auf die Gesellschaft reflektiert und die Implosionsprozesse der kommunistischen Regime als Beweis dafür interpretiert, dass totalitäre Herrschaft unfähig zu Öffnung und Reform gewesen sei, gewinnt im Kontext der vergleichenden Herrschaftstypologie auch diese Lesart an Plausibilität. Autoritär war das Deutsche Reich unter Bismarck ebenso wie es das kompetitiv-autoritäre Russland unter Putin/Medvedev ist. Der Erkenntnisgewinn, den die Bezeichnung

<sup>10</sup> Pithart, Petr: 1969-1989: Fehlt ein Begriff oder eher der Wille, zu verstehen? In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 399-411.

<sup>11</sup> Thompson, Mark R.: Weder totalitär noch autoritär: Post-Totalitarismus in Osteuropa. In: Siegel (Hg.): *Totalitarismustheorien* 309-339 (vgl. Anm. 7). – Linz und Stepan, die das Regime in der Tschechoslowakei ebenfalls als „posttotalitär“ bezeichnen, meinen gar, dass totalitären Regimen in der Regel keine autoritären folgen. Stepan, Alfred/Linz, Juan J.: *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and post-communist Europe*. Baltimore, London 1996, 294.

<sup>12</sup> Macków, Jerzy: Der Totalitarismus-Ansatz und der Zusammenbruch des Sowjetsozialismus. In: *Osteuropa* 44 (1994) H. 4, 320-329.

„autoritär“ für das Verständnis der Regimebeschaffenheit und der Gesellschaft bietet, ist also vergleichsweise gering.

In den letzten Jahrzehnten hat die historische Forschung über den Nationalsozialismus und den Stalinismus ihre Inspiration nicht primär aus den Totalitarismustheorien bezogen. Vielmehr haben sich für viele Phänomene – wie z. B. Massenverbrechen/Genozid, die Herrschaftsmechanismen, das Verhalten verschiedener Gruppen und Schichten der Gesellschaft – eigenständige Forschungszweige entwickelt und ausdifferenziert. Ihre Ergebnisse sind zwar mit einigen Theoremen der Totalitarismustheorien kompatibel, werden von diesen aber weder erklärt noch differenziert genug beschrieben.

Der Totalitarismusbegriff ist im Italien der 1920er Jahre aus der politischen Publizistik hervorgegangen und besaß immer eine doppelte Kodierung: eine politisch-normative und eine theoretisch-begriffliche. Ihn nicht zu verwenden, hat bis heute etwas Bekenntnishafte an sich. Ganze Forschungsinstitute und Denkschulen rümpfen je nach methodologischer „Glaubensrichtung“ übereinander die Nase. Dabei geht es in der wissenschaftlichen Debatte doch nicht darum, ob ein Begriff „wahr“ oder „falsch“, sondern nur darum, ob er zweckmäßig ist.<sup>13</sup>

Will man bei der Erklärung von illegitimer Gwalt Herrschaft und Massenverbrechen nicht schwarz-weiße Geschichtsbilder produzieren, müssen kulturelle und historische Kontexte in die Überlegungen einbezogen werden. Dies gelingt mit einer Vielfalt an Perspektiven, Methoden und Begriffen besser als mit einer begrifflichen Generalisierung. Auch für die normativ-ethische Kennzeichnung der kommunistischen Diktatur steht ein eingeführtes Begriffsensemble bereit.

Wenn Petr Pithart in seinem Beitrag aufzeigen möchte, dass die verklärende Sicht auf eine angeblich alles umfassende totalitäre Herrschaft vor 1989 eher die moralische Entlastung als eine angemessene Reflexion über die Diktaturfolgen befördert hat, kann ihm nur zugestimmt werden. Auch seine Diagnose der Defizite bei der Implementierung des Rechtssystems in der postkommunistischen Transformation ist treffend. Seinem Schluss, dass diese negativen Phänomene des Übergangs eine direkte Folge aus dem falschen Verständnis des ehemaligen Systems seien, kann ich allerdings nicht folgen. Die Bezeichnung des Systems als „totalitär“ spielte für die ökonomische Transformation nach 1989 keineswegs die entscheidende Rolle, die Pithart ihr zuschreibt. Václav Klaus hat die Planwirtschaft wiederholt als ein System beschrieben, in dem nicht vertikale, sondern horizontale Beziehungen dominiert hätten und in dem die Planungskompetenz bei den Betrieben und nicht dem Wirtschaftszentrum gelegen habe<sup>14</sup> – was nun wirklich nicht als „totalitär“ gelten kann. Seine Weigerung, die Privatisierung und Transformation der Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse durch das vermeintlich „konstruktivistische“ Recht zu reglementieren, wurzelte in Klaus' doktrinärem Verständnis von Hayeks „Verfassung der

---

<sup>13</sup> Lübbe, Hermann: Die Historizität des Totalitarismus. George Orwells Evidenz. In: Maier (Hg.): „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“ 285-290 (vgl. Anm. 8).

<sup>14</sup> Klaus, Václav: Cesta z pastí. Projevy z let 1997-1999 [Der Weg aus der Falle. Reden aus den Jahren 1997-1999]. Praha 1999, 101, 103.

Freiheit“ und kam ohne das – von ihm in politischen Reden durchaus verwendete Adjektiv – „totalitär“ aus.

Die Vision schneller „Prosperität“ und das Streben der Privatisierungsakteure, binnen kurzer Zeit reich zu werden, bildeten eine Schubkraft, die kaum Zeit für „falsche“ oder „richtige“ Blicke in den „historischen Rückspiegel“ ließ. In der Beurteilung der Folgen dieser Einstellung für die Rechtskultur des Landes stimme ich Pithart zu. Die Antwort auf die Frage, warum das Recht und die Juristen eine so schwache Komponente der tschechischen und slowakischen Transformation bildeten, ist meiner Meinung nach aber eher in der Hinterlassenschaft der kommunistischen Diktatur als im verklärenden Blick auf die Natur des implodierten Regimes zu suchen. Dass die Interpretation der Vergangenheit politische Richtungsentscheidungen nicht zwingend präformiert, zeigt auch der Blick auf die einstigen tschechischen Dissidenten: Fast alle haben sie das kommunistische Regime als totalitär bezeichnet und nach 1989 dennoch ganz unterschiedliche Vorstellungen über Politik, Demokratie, Systemtransformation sowie die Auseinandersetzung mit den Folgen der Diktatur entwickelt.

Wie sah der Rückblick auf die kommunistische Vergangenheit aus? In der öffentlichen Debatte über den Kommunismus nach 1989 lassen sich für Tschechien mehrere Typen der Auseinandersetzung feststellen. Der fundamentalistische Antikommunismus stellt den Kommunismus als totalitäres Verbrechen dar, das sein Wesen und Ziel nie verändert hätte. In dieser Sicht wird der Reformkommunismus von 1968 zum bloßen Fraktionskampf innerhalb der Kommunistischen Partei oder bestenfalls zur Illusion, die von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen sei. Die Klassenherrschaft der Kommunisten wird der Rassenherrschaft der Nationalsozialisten gleichgestellt. Der Ruf nach konsequenter „Debolschewisierung“ der Gesellschaft bezieht die Exkommunisten ein, deren Parteimitgliedschaft auch dann noch Sünde bleibe, wenn ihr 20 Jahre in der Opposition folgten. In einem der dümmsten Slogans nach 1989 – „Ein ehemaliger Kommunist ist wie ein ehemaliger Schwarzer“ – wurde die politische Überzeugung primordialisiert.

In der tschechischen Vergangenheitspolitik wird der Akzent auf den verbrecherischen Charakter des Kommunismus gesetzt, im Vordergrund steht der Ruf nach Bestrafung der Schuldigen und nach dem Verbot der nicht reformierten Kommunistischen Partei sowie der öffentlichen Verdammung aller Erscheinungsformen des Kommunismus. Dieser Fundamental-Antikommunismus gibt sich mit einer simplen Geschichtsdidaktik zufrieden: Wer die eigene Geschichte nicht kenne, heißt es, sei dazu verurteilt, sie zu wiederholen. Ergänzt werden die schwarz-weißen Bilder der kommunistischen Vergangenheit um die Heldenverehrung des bewaffneten Widerstands der Mašin-Gruppe in den 1950er Jahren.

Eine andere, spezifisch tschechische Variante der Auseinandersetzung mit dem Erbe der kommunistischen Diktatur stellt der „Systemantikommunismus“ der tschechischen Liberalkonservativen von Václav Klaus dar. Hier wird der Kommunismus als ein gigantisches und anmaßendes Experiment betrachtet, das die „natürliche Ordnung“, die durch funktionierende und akzeptierte Institutionen wie den Markt, das Recht, das Privateigentum, die Gemeinde, die Familie und den Nationalstaat repräsentiert werde, zerstört habe. Seine Aufgabe sieht dieser

Systemantikommunismus in der endgültigen Überwindung der kommunistischen Diktatur durch die Wiederherstellung eines funktionierenden liberal-demokratischen Gegenmodells. Die Etablierung und Verteidigung der Hayekschen „Verfassung der Freiheit“ gegen alle Formen des Sozialkonstruktivismus sei die einzige Garantie dafür, Rückfälle in dritte Wege und sozialistische Experimente verhindern zu können.

Der Systemantikommunismus, der stärker den Systemgegensatz Kapitalismus-Kommunismus/Sozialismus als den von Diktatur-offener Gesellschaft dichotomisiert, vertritt eher eine minimalistische Konzeption der Vergangenheitspolitik und setzt sich vom Fundamentalantikommunismus ab. Zugleich bringt er der passiven Haltung der Bevölkerungsmehrheit während des Kommunismus Nachsicht und Verständnis entgegen und setzt die Rolle der aktiven Opposition und die Bedeutung von Zivilcourage herab. In der volkstümlichen Version dieser Denkart ist die „Zeit der Totalität“, das heißt ein System, an dem alle irgendwie beteiligt waren, zum familiär verniedlichten „totáč“ mutiert und erscheint als eine Art schlechtes Wetter, das kommt und geht, zwar Spuren hinterlässt, aber kaum Verbindung zum individuellen Verhalten der Menschen unter den Bedingungen einer kommunistischen Diktatur aufweist. Der tschechische „totáč“ ist ein Symbol des Nicht-Nachdenkens über die kommunistische Vergangenheit.

Neben diesen beiden dominanten Varianten des antikommunistischen Diskurses gibt es auch einen reflektierten Antikommunismus. Er steht in der Tradition des demokratischen Antikommunismus, den Karel Čapek, Ferdinand Peroutka und andere während der Ersten Republik repräsentierten, sowie der Reflexionen im Dissens der 1970er und 1980er Jahre. Seine Vertreter setzen auf öffentliche Aufklärung, Differenzierung und Thematisierung der individuellen Verantwortung des Einzelnen. Die aus Angst oder Opportunismus millionenfach vollzogene Anpassung an die gegebenen Umstände, das Leben mit erniedrigenden Lügen, die Flucht ins Private und die sozialen Pathologien in der Gesellschaft waren für die Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur genauso wichtig wie der Stacheldraht an ihren Grenzen. Sie lassen sich aber nicht in einfachen Täter-Opfer-Relationen beschreiben und nicht in Begriffen von Schuld und Bestrafung fassen. Obwohl diese Phänomene eine zentrale Dimension der kommunistischen Diktatur darstellten, werden sie bis heute in der großen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nur am Rande thematisiert.